

BFH – Anhängige Verfahren

AO § 125 Abs 1:

Schenkungsteuer, Nichtigkeit, Doppelerfassung

Bundesfinanzhof Az.: II R 12/26

Begründet die Tatsache, dass zwei Schenkungsteuerbescheide, die denselben Lebenssachverhalt der Schenkungsteuer unterwerfen, jedoch unterschiedliche Schenker und unterschiedliche Entstehungszeitpunkte angeben, und gegenüber demselben Adressaten erlassen werden, noch keine Nichtigkeit der (zweiten) Steuerfestsetzung gemäß § 125 Abs. 1 AO?

AO § 174 Abs 3:

Bestandskraft, Änderungsnorm, Elektronische Übermittlung, Arbeitgeber, Abfindung, Irrige Beurteilung, Irrtum

Bundesfinanzhof Az.: IX R 3/26

Der Steuerpflichtige und das Finanzamt kamen zu der irrigen Annahme, dass die Fünftelregelung nach § 34 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes zu einer Aufteilung der Abfindung auf fünf Veranlagungszeiträume führen würde.

Darf das Finanzamt den bestandskräftigen Vorjahresbescheid nach der Feststellung des Irrtums im folgenden Veranlagungsjahr auf der Grundlage von § 174 Abs. 3 der Abgabenordnung (AO) ändern?

Wäre eine Änderung auch nach § 175b AO möglich gewesen, da die vom Arbeitgeber übermittelten Daten zur Abfindung im Sinne von § 93c AO vom Finanzamt nicht zutreffend berücksichtigt worden sind?

AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:

Personengesellschaft, Nacherbe, Erbengemeinschaft, Grundstück, Zurechnung, Stille Reserven

Bundesfinanzhof Az.: IV R 7/26

Gerät eine von der nicht befreiten Vorerbin als alleinige Kommanditistin und Alleingesellschafterin der Komplementärin errichtete GmbH & Co. KG mit Eintritt des Nacherbfalls in Liquidation und folgt daraus, dass Feststellungen der aus dem eingebrachten Betriebsvermögen (insbesondere Grundstücke) erzielten Einkünfte nicht mehr auf der Ebene dieser Gesellschaft, sondern für eine aus den Nacherben gebildete Erbengemeinschaft zu erfolgen haben?

AO § 191 Abs 1:

Duldungsbescheid, Sachaufklärungspflicht, Anfechtung, Abrechnungsbescheid

Bundesfinanzhof Az.: VII R 2/26

1. Wie weit geht die Sachaufklärungspflicht des Finanzgerichts betreffend der Voraussetzungen für eine Anfechtung?

2. Inwiefern ist es erforderlich, dass der durch die Anfechtung zu verwirklichende Anspruch des Gläubigers im Zeitpunkt der Vollendung der anfechtbaren Handlung bestanden hat?

3. Ist für Säumniszuschläge und Verzugszinsen der Erlass eines Abrechnungsbescheids zwingend erforderlich?

BewG § 183:

Bewertung, Vergleichswertverfahren, Gutachten, Gemeiner Wert

Bundesfinanzhof Az: II R 8/26

Bedarfsbewertung, Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts: Wird in einem Gutachten das Vergleichswertverfahren angewendet, müssen dann Vergleichsobjekte individualisiert sein (Angabe von Straße und Hausnummer)?

BGB § 1363:

Ehe, Zugewinnausgleich, Vergleich, Grundstück, Anschaffung

Bundesfinanzhof Az: IX R 4/26

Ist die Vermögensauseinandersetzung im Rahmen eines vorzeitigen Zugewinnausgleichs, bei der es aus tatsächlichen Gründen nur zu einem Teilvergleich kam, beim Empfänger als Anschaffung im Sinne von § 23 des Einkommensteuergesetzes anzusehen?

EGV 883/2004 Art 68:

Kindergeld, Familienleistung

Bundesfinanzhof Az: III R 44/25

Darf eine nach deutschem Recht erfolgte Kindergeldfestsetzung in einem Koordinierungsfall nach Art. 68 VO Nr. 883/2004 aufgehoben werden, wenn zwar im vorrangig zuständigen anderen EWR-Staat (hier: Fürstentum Liechtenstein) dem Grunde nach ein Anspruch auf Familienleistungen besteht, aber nicht festgestellt werden kann, dass dort Familienleistungen tatsächlich festgesetzt und ausgezahlt worden sind?

EStG § 15 Abs 3 Nr 1 S 1 Alt 2:

Gewerbebetrieb, Personengesellschaft, Gewerbliche Prägung, Abfärbetheorie, Beteiligungseinkünfte

Bundesfinanzhof Az: IV R 5/26

Schließen sich die gewerbliche (Aufwärts-)Abfärbung gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 Alternative 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) und die gewerbliche Prägung nach § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG gegenseitig aus, und ist § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) folglich verfassungskonform dahin auszulegen, dass eine vermögensverwaltende Personengesellschaft, die gewerbliche Beteiligungseinkünfte bezieht, als nicht der Gewerbesteuer unterliegender Gewerbebetrieb anzusehen ist, wenn sie ohne den Bezug der Beteiligungseinkünfte als gewerblich geprägte Personengesellschaft (§ 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 1 GewStG) der Gewerbesteuer unterliegen würde?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Fremdvergleich

Bundesfinanzhof Az.: X R 28/25

Zur Bestimmung des Umfangs des Fremdvergleichs, insbesondere bei Mietverträgen ohne ausdrückliche Regelungen zu Zahlungsmodalitäten, Kündigungsrechten oder Mietsicherheiten.

ESTG § 32a Abs 1 S 2 Nr 1:

Grundfreibetrag, Verfassung

Bundesfinanzhof Az.: III R 42/25

Ist der für den Veranlagungszeitraum 2023 geltende Grundfreibetrag nach § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG i.d.F. des Inflationsausgleichsgesetzes verfassungsgemäß, insbesondere im Hinblick auf das verfassungsrechtlich gebotene steuerliche Existenzminimum und dessen Konkretisierung durch das Sozialhilferecht?

ESTG § 33b Abs 6:

Pflegepauschbetrag, Grundlagenbescheid, Pflegegrad

Bundesfinanzhof Az.: VI R 19/25

Nachträgliche Berücksichtigung von Pflege-Pauschbeträgen bei der Einkommensteuerfestsetzung: Bescheide über die Einstufung in einen Pflegegrad als Grundlagenbescheide?

ESTG § 62 Abs 1a S 3:

Kindergeld, Freizügigkeit, Arbeitnehmer, Unionsrecht, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az.: III R 29/25

Kindergeldanspruch einer nicht freizügigkeitsberechtigten polnischen Staatsangehörigen: Ist die Vorschrift des § 62 Abs. 1a EStG unionsrechtskonform und verfassungsgemäß? Besteht ein Kindergeldanspruch aufgrund der Freizügigkeitsberechtigung, weil ein Erhalt der Arbeitnehmereigenschaft wegen vorübergehender Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Schwangerschaft anzunehmen ist?

ESTG § 62 Abs 1a S 3:

Kindergeld, Freizügigkeit, Unionsrecht

Bundesfinanzhof Az.: III R 50/25

Besteht aufgrund des alleinigen Bezuges von SGB II-Leistungen ohne vorherige oder aktuelle Erwerbstätigkeit der aus Polen stammenden Mutter ein Recht auf Freizügigkeit, das gem. § 62 Abs 1a Satz 3 zu einem Anspruch auf Kindergeld führen könnte? Ist die Vorschrift des § 62 Abs. 1a EStG unionsrechtskonform und verfassungsgemäß?

GrEStG § 1 Abs 1 Nr 1:

Grunderwerbsteuer, Erwerbsgegenstand, Unbebautes Grundstück, Bebautes Grundstück

Bundesfinanzhof Az.: II R 3/26

Unter welchen konkreten Voraussetzungen sind die Baukosten nicht in die Grunderwerbsteuerliche Bemessungsgrundlage einzubeziehen, weil der Erwerber eine Person ist, die (auch) zur Veräußererseite gehört und mit beherrschendem Einfluss auf das "Ob" und "Wie" an der Bebauung mitwirkt?

KStG § 8b Abs 3 S 4:

Körperschaftsteuer, Wandeldarlehen, Fremdvergleich, Teilwertabschreibung, Hinzurechnung

Bundesfinanzhof Az: I R 4/26

Körperschaftsteuer - Unter welchen Voraussetzungen sind unbesicherte Wandeldarlehen als fremdüblich im Sinne des § 8b Abs. 3 Satz 7 KStG ("Escape-Klausel") anzusehen?

LuftVStG § 1 Abs 2:

Luftverkehrsteuer, Steuerpflicht

Bundesfinanzhof Az: VII R 10/26

Ist für Abflüge von Crew-Mitgliedern von einem inländischen Standort Luftverkehrsteuer festzusetzen, wenn sich keine Passagiere an Bord befinden?

UStG § 1 Abs 1 Nr 1:

Gremientätigkeit, Vorstand, Unternehmereigenschaft, Selbständigkeit, Unternehmerrisiko

Bundesfinanzhof Az: V R 40/25

Zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Tätigkeiten des Klägers als Vorsitzender bzw. Mitglied der Vertreterversammlung zweier kassenärztlicher Vereinigungen sowie als Vorstandsmitglied eines Ärzteverbandes.

Liegt angesichts der Vielzahl von Ehrenämtern bei der gebotenen Gesamtschau ein Unternehmerrisiko vor?

UStG § 14c Abs 2:

Gutschrift, Unternehmer, Vermietung, Leistung, Steuerschuldner

Bundesfinanzhof Az: V R 52/25

Kann eine Steuerschuld aus § 14c Abs. 2 UStG in der in den Streitjahren (2013 bis 2018) geltenden Gesetzesfassung nur entstehen, wenn nach vorheriger Vereinbarung dieser Abrechnungsform eine Gutschrift zwischen zwei Unternehmern ausgestellt wird und der Gutschriftempfänger im unternehmerischen Bereich handelt?

Kann bei einem betrügerischen System mangels Existenz der nur auf dem Papier erworbenen Wirtschaftsgüter ein Kläger keine Vermietungsleistungen erbracht haben, sodass er insoweit auch kein Unternehmer ist?

UStG § 15 Abs 4 S 3:

Vorsteuer, Schätzungsmaßstab, Umsatz, PKW

Bundesfinanzhof Az: V R 51/25

Nach welcher Methode ist bei gemischten Umsätzen der abzugsfähige Teil der Vorsteuern bei dem Sachbezug PKW zu ermitteln? Kann ein sachgerechter Schätzungsmaßstab auch die in der Verfügung der OFD Frankfurt vom 07.08.2002 dargestellte Vereinfachungsregelung für die Vorsteueraufteilung bei der Überlassung von Kraftfahrzeugen durch Sparkassen an ihre Arbeitnehmer sein?

UStG § 15:

Gutschrift, Vorsteuer, Leistungsaustausch, Steuerausweis

Bundesfinanzhof Az: V R 3/26

Kann die Klägerin den Vorsteuerabzug aus Gutschriften an sog. Leistungspartner beanspruchen, wenn die Leistungspartner der Klägerin vertraglich verpflichtet waren, touristische Leistungen an Gäste zu erbringen und dafür vereinbarungsgemäß von der Klägerin einen sog. Ausschüttungsbetrag beanspruchen konnten, über den die Klägerin durch Gutschrift mit Steuerausweis abrechnete?

UStG § 25b Abs 1 S 1 Nr 1:

Innergemeinschaftliches Reihengeschäft, Innergemeinschaftliches Dreiecksgeschäft, Steuerschuldner, Vierecksgeschäft, Letztabnehmer

Bundesfinanzhof Az.: V R 44/25

Sind die Regelungen des innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäfts gem. § 25b UStG auf Reihengeschäfte mit mehr als drei Beteiligten anwendbar, wenn die drei unmittelbar nacheinander beteiligten Unternehmer nicht am Ende der Lieferkette stehen?

UStG § 3 Abs 9a:

Unentgeltliche Wertabgabe, Tauschähnlicher Umsatz, Nutzungsüberlassung, Firmenwagen, Ort

Bundesfinanzhof Az.: V R 42/25

Private Überlassung eines Fahrzeugs an Mitarbeiter im Rahmen der Umsatzsteuer
Ist --und falls ja, unter welchen Voraussetzungen-- die Überlassung von Firmenfahrzeugen an im Inland wohnende Arbeitnehmer durch eine im EU-Ausland ansässige Gesellschaft als umsatzsteuerbarer Umsatz gegen Entgelt im Inland zu erfassen?

UStG § 4 Nr 12 Buchst a:

Umsatzsteuerbefreiung, Vermietung, Container

Bundesfinanzhof Az.: V R 4/26

Umsatzsteuerfreiheit gemäß § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG bei Vermietung von Containern zu Lagerzwecken an nicht vorsteuerabzugsberechtigte Kunden?

UStG § 4 Nr 8 Buchst c:

Vorsteuerabzug, Factoring, Forderungskauf, Tauschähnlicher Umsatz

Bundesfinanzhof Az.: V R 47/25

Vorsteuerabzug bei Factoringleistungen

Ist ein (bloßer) Forderungserwerb unter Übernahme des Ausfallrisikos ohne eigenen Forderungseinzug als steuerpflichtige Factoringleistung zu werten, für die der volle Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann oder stellt dieser vielmehr ein steuerfreies "Geschäft mit Forderungen" i.S. des § 4 Nr. 8 Buchst. c UStG dar?